

Kommission Ergänzungsleistungen
für einkommensschwache Familien
Ratssekretariat
Postgasse 68
3000 Bern 8

Info.gr@sta.be.ch

Bern, 13. Dezember 2013

Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamELG) Vernehmlassungsantwort BDP Kanton Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Die BDP Kanton Bern dankt für die Vernehmlassungsunterlagen und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Sie ersuchen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens insbesondere zu den zwei folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Wird die Einführung von Familienergänzungsleistungen allgemein unterstützt?
Wird das Grundmodell oder die Modellvariante bevorzugt?

Die BDP Kanton Bern anerkennt, dass Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien ein hilfreiches Mittel sein könnten, um einen Abstieg in die Armut, verbunden mit Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Die Frage darf aber nicht losgelöst von den finanziellen Konsequenzen betrachtet werden. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen finanziellen Situation des Kantons Bern kann eine Einführung von Ergänzungsleistungen nicht in Frage kommen.

Die Modellvariante wird von der BDP bevorzugt. Sie verbessert immerhin die Position der Familien, die das grösste Armutsrisiko tragen. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich der Kanton Bern – sollte er überhaupt jemals solche Leistungen erbringen können – eine grosszügigere Lösung leisten kann.

Antrag: Die BDP beantragt, auf die Fortführung der Gesetzesarbeiten aus finanziellen Überlegungen zu verzichten.

Freundliche Grüsse

BDP Kanton Bern



Samuel Leuenberger
Vizepräsident



Renato Krähenbühl
Geschäftsführer